



EVP-ED

„Fraktion der Europäischen
Volkspartei - Europäische
Demokraten“

europaktuell

Infoblatt April 2003



Unsere Region in Europa ★ Europa der Bürger

★★★★ Europaabgeordneter Hans-Peter Mayer informiert ★★★★★



Liebe Europäerinnen und Europäer,

die Landtagswahlen in Niedersachsen sind vorbei. Es gibt nun eine kleine Verschnaufpause bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2004. Gespannt warten wir auf die Ergebnisse der Volksabstimmungen über den Beitritt zur EU in den zukünftigen Mitgliedsländern. Im April 2003 entscheidet das Europäische Parlament über die Beitrittsverträge. Schon im Mai 2003 werden wir die Beobachter aus den zehn Beitrittsländern im Europäischen Parlament begrüßen. Danach heißt es, die neuen Kolleginnen und Kollegen in die Arbeit zu integrieren und des babylonischen Sprachgewirrs von Maltesisch bis Estnisch Herr zu werden.

Die Arbeit in Brüssel, Straßburg und vor Ort ruht derweil nicht. Als Berichterstatter der Fraktion der Europäischen Volkspartei bin ich für das Statut einer Europäischen Genossenschaft und der Beteiligung der Arbeitnehmer daran zuständig. Gleichzeitig erwarte ich die Antwort der Europäischen Kommission auf meinen Bericht zur Erschöpfung der Rechte aus Marken. Zusätzlich werde ich mich mit dem Gesetzesvorschlag der Europäi-

schen Kommission zur besseren Durchsetzung der Rechte am geistigen Eigentum beschäftigen. Gleichzeitig hat mich der Wirtschaftsausschuß zum Berichterstatter zu der Frage ernannt, ob der Kommission neue Kompetenzen zur wettbewerbsrechtlichen Kontrolle im Luftverkehr zwischen EU-Mitgliedstaaten und Drittländern eingeräumt werden sollen.

Durch Vorträge zu Europa allgemein und zu spezifischen Themen werde ich auch in Zukunft versuchen, Ihnen die Politik der EU näher zu bringen und verständlicher zu machen. Dem gleichen Zweck dienen die zahlreichen Besuchergruppen, die ich dieses Jahr in Brüssel und Straßburg empfangen werde.

Seit kurzem bin ich im Vorstand der Europäischen Volkspartei. Dies wird der Vertiefung meiner Tätigkeit in Europa dienen. Ende März bin ich zum Schatzmeister der Europäischen Mittelstandsvereinigung gewählt worden. Außerdem werde ich an den Treffen des Arbeitskreises der CDU „Bundes- und Europaangelegenheiten“ im Niedersächsischen Landtag soweit wie möglich teilnehmen.

Informationen über die Beschlüsse und Debatten des Europäischen Parlaments erhalten Sie seit vergangenem Jahr regelmäßig nach der Plenartagung durch den Infobrief „Straßburg Aktuell“. Diesen und viele weitere Informationen über meine Tätigkeit als Europaabgeordneter können Sie auf meiner komplett neugestalteten Homepage erhalten (www.europa-mayer.de). Gern sehe ich Ihrem Lob und Tadel, Ihren Anregungen und Verbesserungsvorschlägen zu meiner neuen Webseite entgegen.

Ihr
Hans-Peter Mayer





Drei Praktikantinnen aus dem Wahlkreis begutachten den Entwurf der neuen Homepage des Europaabgeordneten Professor Mayer. Auf unserem Bild: Wiebke Willjes, Jurastudentin aus Edewecht/Westerscheps, Mareike Bokern, Politikstudentin aus Lohne und Wiebke Meyer, Jurastudentin aus Wilhelmshaven.

Wasserverband in Brüssel

Eine Delegation des Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverbandes (OOWV) und des Wasserverbandtags Hannover mit Verbandsvorsteher Karl-Heinz Funke an der Spitze besuchte Brüssel und informierte sich im Rahmen eines von Hans-Peter Mayer organisierten Fachprogramms bei Gesprächen mit Vertretern der Europäischen Kommission, des Ministerrats und des Europäischen Parlaments über die Wasserpolitik der EU. Zur Delegation gehörten: Vize-Verbandsvorsteher Heinz zu Jührden, Geschäftsführer Hans-Peter Blohm, Vize-Geschäftsführer Peter Kaufmann, der Hauptabteilungsleiter für Grundwasserbewirtschaftung Egon Harms sowie der Präsident und der Geschäftsführer des Wasserverbandtags Hannover Leenert Cornelius und Godehard Hennies.

Hans-Peter Mayer ist Mitglied im Vorstand der EVP-Fraktion

Seit März bin ich Mitglied des Vorstandes der Fraktion der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament.

Der Vorstand ist das politische Organ der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokaten im Europäischen Parlament (EVP-ED-Fraktion) und koordiniert das politische Tagesgeschäft. Dem Vorstand gehören unter anderem das Fraktionspräsidium, die Leiter der nationalen Delegationen und die Vorsitzenden in den Ausschüssen des Europäischen Parlaments an. Gemäß der Geschäftsordnung der EVP-ED-Fraktion treten die Fraktionsgremien (die Fraktions-Vollversammlung, der Vorstand, das Präsidium und

die Arbeitskreise) jeweils vor einer Plenartagung des Europäischen Parlaments zusammen, um sich auf die in der Tagesordnung des Parlaments vorgesehenen Themen vorzubereiten. Dabei gilt es zunächst eine gemeinsame politische Haltung innerhalb der Fraktion zu den unterschiedlichen Sachthemen zu finden, um dann dem politischen Gegner gegenüber geschlossen aufzutreten. Dies ist bei den verschiedenen Strömungen innerhalb der größten Fraktion mit 233 Mitgliedern aus 32 nationalen Parteien manchmal keine leichte Aufgabe.

Die EVP-ED führt die politischen Ideen von Robert Schuman, Konrad Adenauer und Alcide de Gasperi in den 50er Jah-

ren weiter. Sie hat beharrlich und erfolgreich am Aufbau der EU mitgearbeitet, deren Grundlagen der Rechtsstaat, die Wahrung der Grundrechte und unabhängige demokratische Institutionen sind, um im gemeinsamen Interesse aller Europäer Fortschritte zu machen. Als Kraft der politischen Mitte in Europa stehen wir für Besonnenheit und Dialog. Nach dieser Devise leisten wir, die Abgeordneten in der EVP-ED-Fraktion, mit all unseren Kräften und mit vollem Engagement unseren Beitrag zum Aufbau eines künftigen Europas der Chancen, eines besseren Europas für alle. Dazu will ich künftig als Mitglied im Vorstand noch verstärkt beitragen.

Europäische Genossenschaft

Innerhalb der Europäischen Union gibt es sehr unterschiedliche Genossenschaftsformen. Derzeit stößt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit z.B. einer deutschen und einer französischen Genossenschaft auf rechtliche wie administrative Schwierigkeiten. Dies ist dem gemeinsamen Binnenmarkt abträglich.

„Diese Hindernisse sollen durch die Schaffung der Rechtsform einer Europäischen Genossenschaft beseitigt werden.“ Ich bin Berichterstatter für die EVP-Fraktion für das Europäische Genossenschaftsstatut sowie Berichterstatter für den Rechtsausschuß für die dazugehörige Richtlinie zur Arbeitnehmerbe-

teiligung. Die Gründung einer SCE ist durch mindestens fünf natürliche oder juristische Personen aus mindestens zwei verschiedenen Mitgliedstaaten möglich. Bestehende Genossenschaften können sich zu einer SCE verschmelzen oder umwandeln. Als Grundkapital der SCE müssen auf die Geschäftsanteile mindestens EUR 30.000 eingezahlt werden. Hervorstechendstes Merkmal ist, daß die Gründer einer SCE investierende, nicht nutzende Mitglieder zulassen können. Sobald das Gesetz in Brüssel verabschiedet ist, hat Deutschland drei Jahre für die Umsetzung Zeit. Erst danach kann eine Europäische Genossenschaft gegründet werden.





Die Halbzeitbewertung der Gemeinsamen Agrarpolitik sowie die Vorschläge von Agrarkommissar Fischler hierzu waren Gegenstand der Gespräche des Vorstandes des Landvolks Vechta unter Führung von Norbert Meyer mit dem CDU-Europaabgeordneten Hans-Peter Mayer. Von links: Alwin Strothmeyer, Judith Batke-Busse, Georg Bokern, Wilhelms Bruns und Norbert Meyer im Gespräch mit Joseph Daul, Vorsitzender des EP-Agrarausschusses.



Berichterstatter im Wirtschaftsausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments hat Hans-Peter Mayer zum Berichterstatter für einen Gesetzesvorschlag der Kommission ernannt, mit dem dieser klare Befugnisse für die Überprüfung von Wettbewerbsfällen im Luftverkehr zwischen EU-Mitgliedstaaten und Drittländern eingeräumt werden sollen. Derzeit befindet sich die Kommission in der misslichen Lage, zwar alle innereuropäischen Allianzen überprüfen zu können, nicht aber Allianzen mit beispielsweise einem US-amerikanischen Luftverkehrsunternehmen.

Der Luftverkehr ist der einzige Bereich, in dem die Kommission immer noch keine klaren Befugnisse zur Durchsetzung der Wettbewerbsregeln hat, sobald Nicht-EU-Fluggesellschaften beteiligt sind. Für alle anderen Wirtschaftsbereiche - von einigen wenigen Ausnahmen mit geringfügiger Bedeutung abgesehen - wurden Durchführungsverordnungen erlassen, die greifen, sobald die Auswirkungen von wettbewerbswidrigen Vereinbarungen oder missbräuchlichen Verhaltensweisen auf dem EU-Markt spürbar sind.

Der Verordnungsentwurf betrifft den Luftverkehr zwischen der EU und Drittländern und gilt u.a. auch für transatlantische Fluggesellschaften, nicht aber für Zusammenschlüsse, auf die unabhängig vom Standort der Fluggesellschaft die Fusionskontrollverordnung Anwendung findet. Allianzen zwischen Fluggesellschaften sind Kooperationsvereinbarungen, bei denen es häufig um die Abstimmung von Flugplänen und Tarifen, um Code-sharing, die gemeinsame Nutzung von Flughafeneinrichtungen und die Zusammenlegung von Vielfliegerprogrammen geht.

Das aktuelle Stichwort

WTO. Die Welthandelsorganisation (WTO) ist eine internationale Organisation mit 145 Mitgliedstaaten. Ziel aller Beteiligten ist es, Zölle und Handelshemmnisse zwischen den Mitgliedstaaten zum Zwecke eines freien und fairen Welthandels abzubauen. Es geht dabei auch um den Abbau von Subventionen, die den Handel auf Weltebene beschränken. Vor allem im Bereich des Warenhandels ist schon viel erreicht worden, wovon insbesondere Europa und Deutschland als Exportweltmeister profitieren. Immer wieder kommt es zu Handelsstreitigkeiten zwischen Europa und etwa den USA, was in der gegenseitigen Verhängung von Strafzöllen endet. Hier sieht die WTO einen bindenden Streitlichtungsmechanismus vor.

GATS. Derzeit wird unter dieser Abkürzung im Rahmen der WTO über Vereinfachungen im Handel mit Dienstleistungen

verhandelt. Alle Mitgliedstaaten der WTO haben beschlossen, eine verbesserte Integration der Entwicklungsländer in den Welthandel, also einen besseren Marktzugang zu erreichen. Bereits 1992 wurde das GATS-Übereinkommen beschlossen, das jetzt neu verhandelt wird. Grundsätzlich geht es nur um eine Gleichbehandlung von Staatsangehörigen anderer WTO-Mitgliedstaaten mit eigenen Staatsangehörigen in Handelssachen.

Die WTO-Mitgliedstaaten formulieren ihre Angebote für die Verhandlungen. Abgabefrist war der 31. März 2003. Es wird also nichts diskutiert, was nicht von einem der WTO-Mitgliedstaaten vorgeschlagen wurde. Das WTO-Sekretariat selbst macht keinerlei Vorschläge für irgendwelche Liberalisierungsschritte, sondern moderiert

nur die Verhandlungen und hilft den WTO-Mitgliedstaaten bei der Findung der nötigen Kompromisse. Das Verhandlungsergebnis stellt einen einstimmigen Konsens der Verhandlungsparteien dar.

Der WTO wird immer wieder vorgeworfen, sie betreibe die Liberalisierung des Welthandels zu Lasten etwa der Leistungen der Daseinsvorsorge (Wasser, Strom, Bildung). Das ist falsch. Leistungen der Daseinsvorsorge stehen im Rahmen der WTO nicht zur Debatte. Die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten der EU haben Angebote zur weitergehenden Öffnung der Märkte in den Bereichen Finanz-, Telekommunikations-, Computer-, Verkehrs-, Umwelt- und Postdienstleistungen gemacht. Diese Bereiche sind innerhalb Europas schon weitestgehend dem Wettbewerb unterworfen.





Hans-Peter Mayer informierte eine Delegation der Handelslehranstalten in Lohne über die Abläufe der europäischen Politik und die Funktionsweise des Europäischen Parlaments. Informationen dazu gab es auch im Ausschuss für Wirtschaft und Währung. Von links: Manfred Diekmann; Wilhelm Hinrichs; Fritz Block; Alfons Klinker.

Interessanter Vergleich zum Schluss

Nach einer OECD-Studie liegt die steuerliche Belastung einer Einzelperson mit Durchschnittseinkommen in der EU im Durchschnitt bei 28,85 Prozent, in Deutschland bei 43,1 Prozent. Die rot-grüne Regierung verschleierte die wahre Steuerbelastung der Bürger!



EVP-ED

„Fraktion der Europäischen Volkspartei - Europäische Demokraten“

Ausgewählte Daten und Zahlen zur EU-Osterweiterung

2003

- 19. März Abstimmung im Auswärtigen Ausschuss über Beitrittsverträge
- 7.-10. April Abstimmung über Beitritt im Plenum
- 16. April Unterzeichnung der Beitrittsverträge; Beginn des Ratifizierungsprozesses
- Mai Aufnahme von Beobachtern aus Kandidatenländern im Europäischen Parlament

2004

- 1. Mai Beitritt der 10 Länder zur EU, 10 neue Kommissare ohne Portfolio bei der noch amtierenden Kommission
- Juni Wahlen zum Europäischen Parlament
- 1. November Amtsantritt der neuen Kommission, die nach jeweils 5 Jahren neu von den Mitgliedstaaten und vom Europäischen Parlament gewählt wird.
- Dezember Entscheidung des Rates auf der Grundlage eines Berichts und der Empfehlung der (alten) Kommission über die Erfüllung der Beitrittskriterien der Türkei

2007

- 1. Januar Voraussichtlicher Beitritt von Bulgarien und Rumänien

Volksabstimmungen zum EU-Beitritt im Jahr 2003

- 08. März Malta
 - 23. März Slowenien
 - 12. April Ungarn
 - 10.-11. Mai Litauen
 - 13. Mai Polen
 - 07. Juni Slowakei
 - 15.-16. Juni Tschechien
 - 14. September Estland
 - 20. September Lettland
- Zypern führt keine Volksabstimmung durch

Impressum: Hans-Peter Mayer

Europabüro

Bahnhofstraße 1 Tel.: 0 44 41/92 29 29
49377 Vechta Fax: 0 44 41/92 29 30
E-mail: europa-mayer@t-online.de

Europäisches Parlament

Büro 15 E154
Rue Wiertz Tel.: 00 32-2-2 84 79 94
B- 1047 Bruxelles Fax: 00 32-2-2 84 99 94
E-mail: hmayer@europarl.eu.int

Mit freundlicher Unterstützung
der Vechtaer Druckerei und
Verlag, Vechta

